

**Motion Zopfi-Gassner Felicitas und Mit. über einen Fonds für zukünftige Gemeindefusionen (M 140).****Eröffnet: 21. Januar 2008 Finanzdepartement i. V. mit Justiz- und Sicherheitsdepartement****Antrag Regierungsrat:** Teilweise Erheblicherklärung**Begründung:**

Die Motion verlangt, dass der vor Jahresfrist gebildete Kohäsionsfonds aufzulösen und an seiner Stelle ein Fonds für zukünftige Fusionen in der Agglomeration zu bilden ist. Der Fonds ist mit einem Teil der Mittel aus dem heute bestehenden Kohäsionsfonds zu äufnen. Dem Kantonsrat ist ein entsprechendes Dekret vorzulegen.

Wir legten Ihnen im Planungsbericht B 172 (Planungsbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Agglomerationspolitik und die Politik des ländlichen Raumes) dar, dass wir die Stärkung der Agglomeration und des ländlichen Raumes finanziell unterstützen wollen. Den Unterstützungsbeiträgen von 147 Millionen Franken für die Stadtregion Luzern und 14,4 Millionen Franken für die Region Sursee stellten wir diverse finanzielle Mittel in dreistelliger Millionenhöhe für die Landschaft gegenüber. Für die Beiträge an die ländlichen Regionen bestehen bereits verschiedene gesetzliche Grundlagen (NRP, Finanzausgleich, Agrarpolitik 2011, Sonderbeiträge für Gemeindevereinigungen). Für die Stärkung der Zentren müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen erst noch geschaffen werden. Dazu hätte das „Gesetz über die finanzielle Unterstützung von Gemeindevereinigungen in der Agglomeration Luzern und der Region Sursee“ dienen sollen. Unser Rat hatte Ihnen in Aussicht gestellt, Ihrem Rat die Botschaft zum Gesetzesentwurf in der ersten Hälfte des Jahres 2008 zu unterbreiten.

Von September bis November 2007 wurde der Entwurf des Gesetzes „über die finanzielle Unterstützung von Gemeindevereinigungen in der Agglomeration Luzern und der Region Sursee“ in die Vernehmlassung gegeben. Diese zeigte, dass Gemeindevereinigungen in der Agglomeration Luzern und der Region Sursee von Gemeinden, Parteien und Verbänden unterstützt werden. Über die Verwendung der 80 Millionen Franken aus dem Kohäsionsfonds bestehen jedoch unterschiedliche Auffassungen. Eine Mehrheit wehrt sich gegen den ausschliesslichen Einsatz der Gelder für Fusionsprojekte in den wirtschaftlichen Zentren. Sie möchte, dass ein Teil davon auch der Landschaft zugute kommt.

Am 25. November 2007 sprach sich das Stimmvolk des Kantons Luzern mit 59 Prozent gegen die finanzielle Unterstützung der Gemeindevereinigung Littau-Luzern aus. Vorgesehen war ein kantonaler Beitrag an die Fusion von 20 Millionen Franken (Bestandteil der 147 Millionen Franken für die Stadtregion Luzern).

Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung über den Fusionsbeitrag Littau-Luzern hatte unser Rat entschieden, bei gfs.bern – Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft - eine Nachanalyse zum Abstimmungsergebnis in Auftrag zu geben. Wir wollten erfahren, wie die Bevölkerung einerseits über den Fusionsbeitrag und andererseits über die Strategie der Regierung denkt. Die Nachanalyse ergab, dass das Nein der Bevölkerung nicht gegen die Strategie der vereinigten Stadtregion Luzern gerichtet war, sondern gegen den Fusionsbeitrag an Littau und Luzern.

Die Motion fordert, der vor Jahresfrist gebildete Kohäsionsfond sei aufzulösen und dass anstelle des Kohäsionsfonds ein Fonds für zukünftige Fusionen in der Agglomeration zu bilden ist.

Wir erachten das Abstimmungsresultat vom 25. November 2007 als Vorbehalt der Luzerner Bevölkerung gegenüber einer finanziellen Unterstützung von Fusionen im städtischen Raum. Deshalb haben wir den im September 2007 in die Vernehmlassung gegebenen Entwurf eines Gesetzes über die finanzielle Unterstützung von Gemeindevereinigungen in der Agglomeration Luzern und der Region Sursee zurückgezogen.

Wir halten an der Strategie einer vereinigten Stadtregion und einer Zentrumsentwicklung in der Region Sursee fest. Wir teilen deshalb das Anliegen der Motion, dass auch Fusionen in der Agglomeration finanziell unterstützt werden sollen. Aus diesem Grund wollen wir die für den Kohäsionsfonds vorgesehenen Gelder reserviert lassen, bis die Lösung für einen anderen Finanzierungsmodus vorliegt. Wir erachten es aber als nicht sachdienlich, einen eigenen Fonds für die Unterstützung von Fusionen in der Agglomeration zu bilden.

Wir sind aber bereit, die Schaffung einer neuen Gesetzesgrundlage für Gemeindefusionen im ganzen Kanton zu prüfen. Wir beabsichtigen, die Gelder aus dem Fonds für Sonderbeiträge gemäss Finanzausgleich und die für den Kohäsionsfonds vorgesehenen Gelder in einem Gesetz zusammenzufassen. Weitere Mittel werden in Abhängigkeit des Fusionsprozesses zur Verfügung gestellt. Im Gesetz sollen auch die Kriterien für die Entrichtung der Gelder an Fusionen von sanierungsbedürftigen Gemeinden und bei strategischen Fusionen (Bsp. die vereinigte Stadtregion) festgelegt werden. Damit kommen wir der Forderung nach einem genügend grossen Fusionstopf für kleinere und grössere Fusionen entgegen.

Wir werden die Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage in Auftrag geben. Die Vorlage werden wir Ihnen Rat bis Sommer 2010 vorlegen.

In diesem Sinn beantragen wir, die Motion teilweise erheblich zu erklären.

Luzern, 8. April 2008 / RRB-Nr. 383